

Die „Zeitung“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen aussergewöhnlich.
Der Preis beträgt bei jeder Zustellung von Haus zu Haus für Ost- u. Westpreußen 1,20 M., bei sonstiger Zustellung 1,40 M., bei Zustellung unter Postamt 1,60 M.
Die „Zeitung“ ist in dem ersten Hefen des Monats für 1919 eingetragene.
Verlag: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 19 III.
Verantwortlich: Hans Norden 2893 und 2894.

Abgabe ist die abgehende Postzeit über dem Raum 75 Pf., „Klein-Anzeigen“ das letzte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Kreuzungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 19, Verlagsdruckerei: Hans Norden 2766.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Freitag, den 14. Februar 1919

Nummer 81

Der Arbeitszwang eingeführt.

Die Regierung und die Arbeitslosen.

Das Preussische Ministerium des Innern hat Ausführungsanweisungen über die Milderung der Erwerbslosenfürsorge herausgegeben, in denen die Arbeitspflicht der Erwerbslosen auch außerhalb ihres Berufs und Wohnortes begründet werden soll. Die Gemeinden werden verpflichtet, die Unterbringung zu versorgen oder zu unterstützen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen, die auch außerhalb seines Berufs und Wohnortes liegen darf und ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann. Das Ministerium bemerkt ausdrücklich, daß ein gelernter Arbeiter z. B. auch ungelernete Arbeit annehmen muß, wenn er dazu körperlich geeignet ist.

Wir brauchen nicht erst darauf hinzuweisen, wie außerordentlich bedenklich diese Bestimmungen sind und welche große Härte sie für die Arbeitslosen bedeuten. Wir wissen, daß der Zustand unseres Wirtschaftslebens es dringend erfordert, daß die Produktion wieder in Gang kommt. Diese Bestimmungen aber bedeuten für die Arbeitslosen, daß sie der Willkür der Gemeindeverwaltung überliefert werden. Es ist z. B. für einen Feinmechaniker geradezu eine Unmöglichkeit, wenn er nicht dauernd auf seinen hochqualifizierten Beruf verzichten soll, Arbeit auf dem Lande, bei Straßenbauten oder im Braunkohlenbergbau zu übernehmen. Niemand hat sich in früheren Zeiten stärker gegen solche Arbeitszwangsmaßnahmen gewehrt als gerade die Sozialdemokratie. Jetzt führt ein sozialistischer Minister die reaktionärsten Pläne der Agrarier aus. Und dieser Arbeitszwang durch die Entziehung der Erwerbslosen-Unterstützung wird ausnahmslos in einer kapitalistischen Gesellschaft. Doch in einer sozialistischen Gesellschaft Arbeitspflicht eingeführt werden kann, ist außer Zweifel. In einer kapitalistischen aber bedeutet sie, daß den Unternehmern zur Erzielung ihres Profits billige Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden. Sozialistische Führer benutzen die Staatsmacht zugunsten des Kapitals gegen die Arbeiter! Denn während sie von den Arbeitern die Arbeitspflicht verlangen, geschieht nichts für die Sozialisierung. Die Braunkohlenwerke sind für die Sozialisierung reif. Bedenke die Gewissheit, daß sie der Gesamtheit und nicht mehr den Profitinteressen ihrer Besitzer dienen, dann schwinden die Bedenken gegen die Einführung der Arbeitspflicht. Unter den jetzigen Umständen aber bedeutet die Verordnung einen Rückschritt für die Kapitalisten und eine außerordentliche Schwächung der Rechtsposition der Arbeiterklasse.

Dies um so mehr, da die Verordnung zugleich die Möglichkeit bietet, mißliebige Elemente, und das sind heute die latente und revolutionäre Vorkämpfer der Arbeiterklasse, aus den Industriekernen zu entfernen. Ein Schutz gegen solche Willkür ist gar nicht vorgesehen.

Dazu kommt, daß die Verordnung für die verheirateten Arbeiter und ihre Familien durchaus ungenügend sorgt. Die Gemeinde des letzten Wohnortes kann den zurückbleibenden Familienangehörigen während der Dauer des auswärtigen Arbeitsverhältnisses die Zuschläge zu der Erwerbslosen-Unterstützung ganz oder teilweise gewähren. Aber diese Bestimmung ist nicht zwingend. Die Folge wird sein, daß Gemeindeverwaltungen mit sozialistischer Majorität solche Unterstützungen gewähren werden, die mit bürgerlicher Majorität aber nicht. Hier wird also geradezu ein Privileg für bürgerliche Gemeindeverwaltungen geschaffen.

Für den Geist der Verordnung ist übrigens charakteristisch, daß während sie die Erwerbslosen-Unterstützung zum Teil beseitigt, sie für Studierende einräumt. Diese dürfen, wenn sie die Kosten des Studiums nicht mehr ausbringen und eine Arbeit nicht finden können, bei der Erwerbslosen-Unterstützung berücksichtigt werden. An sich ist gegen diese Bestimmung sicherlich nichts einzuwenden. Aber bezeichnend ist es, daß gleichzeitig mit der Verschärfung für die Arbeiterklasse Verschärfungen für bürgerliche Schichten geschaffen werden.

Es zeigt auch diese Verordnung, daß die rechtssozialistische

Politik zu einer immer größeren Gefahr für die Arbeiterklasse wird. Und das kann auch nicht anders sein. Da diese Politik nicht wagt, die sozialistische Reorganisation der Gesellschaft energisch in Angriff zu nehmen, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als dem Kapitalismus wieder auf die Beine zu helfen, und das geht nur durch die Unterordnung der Arbeiterklasse unter das Kapital. Die Revolution hätte diese Unterordnung zunächst beseitigt. Die rechtssozialistischen Führer benutzen die Staatsmacht, um sie wiederherzustellen.

Und noch eins sollen sich die Arbeiter klar machen. Auch auf diesem Gebiet zeigt es sich, wie außerordentlich wichtig die Beherrschung der Kommunen durch die Arbeiterklasse sein wird. Es ist dringend notwendig, daß bei den Gemeindevahlen der Preussischen Regierung die Antwort gegeben und die Maßnahmen in den Gemeinden benutzt werden, die Arbeitslosen wenigstens gegen alle Willkür sicherzustellen.

Wahlrechtsraub in Bremen.

Die völlig willkürlich gebildete provisorische Regierung in Bremen, die aus einigen Rechtssozialisten besteht, hat für die Wahlen zur Bremischen Nationalversammlung eine unerhörte Wahlrechtsverschlechterung eingeführt. Sie hat die Ausübung des Wahlrechts an eine sechsmonatige Anwesenheit in Bremen geknüpft, wodurch etwa 6-7000 Wähler, meist Arbeitern, das Wahlrecht entzogen wird. Das ist die „Demokratie“, die nun in Bremen herrschen soll!

Nationalratswahlen an der Ostfront.

Rödingsberg, 14. Februar. Mitteilung des Zentralrates der Ostfront: Bei der Wahl im besetzten Gebiet hat sich der größte Teil der Truppen der Wehr enthalten, weil sie zum Teil gerade im Abtransport begriffen waren und die Truppen der Wehrgruppe A und der Stoppinspektion aus Kameradschaftlichkeit ebenfalls nicht zur Wahl schreiten wollten. Das Ergebnis der Wahl ist: Sozialdem. Partei 7804, Unabh. sozialdem. Partei 1945, Demokraten 1681, parteilose Liste 1388, Deutsche Nationalen 62, Deutsche Volkspartei 74, Christliche Volkspartei 43, ungültig 300. Gewählt sind die zwei Kandidaten der sozialdemokratischen Partei Paul Rodemann und Peter Kronen.

Ebert im Spiegel der französischen Presse.

Eberts Ernennung zum Präsidenten der deutschen Republik wird in der Pariser Presse noch wenig bedroht, doch ergibt sich aus diesen wenigen Kommentaren und den von der Presse veröffentlichten kurzen Lebensbeschreibungen ohne weiteres ihre ablehnende Haltung.

„Echo de Paris“ schreibt: Ebert, der bereits am 13. Juli 1918 die Einlösung der Friedensbedingungen verlangte, hat, befürwortet unter der Maske der Opposition immer noch die imperialistische Politik. Typisch ist, daß Prinz Max von Baden Ebert zu seinem Nachfolger vorschlug, und ebenso typisch ist die Haltung Eberts während der Revolution.

„Figaro“ bemerkt: Bei Ebert wird man bald wieder die Zähne Hindenburgs erkennen. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen.

„France Libre“ sagt: Lassen wir uns nicht von Ebert und den Berner Konferenzen täuschen. Lesen wir die deutschen Zeitungen und was die deutschen Staatsmänner sagen. „Journal des Debats“ schreibt: Statt des Königs gibt es jetzt einen Präsidenten, einen früheren Sattler. Doch ist der Übergang nicht so schmerzhaft, wie es scheinen könnte. Ebert war während des ganzen Krieges Regierungsmann, nahm alle Kriegskredite an, unterstützte alle Reichsangler und seine Eigenschaft als Sozialdemokrat verhinderte ihn nicht, den Reichsanglertitel anzunehmen. In Deutschland herrscht jetzt die Absicht vor, den nationalen Zusammenbruch zu beugen, um den Folgen der Verbrechen des monarchistischen Deutschland zu entgehen. Zu diesem Zwecke wird sich Ebert genau so benehmen, wie es ein Hohenzoller getan hätte. Für uns ist es wünschenswert, daß die Ordnung in Deutschland wieder hergestellt wird und die Bezahlung der Rechnungen der Wehrbesetzungen und Wiedergerüstungen gesichert ist. Aber vergessen wir nicht die Garantien der Erzeugnisse und vor allem die Bildung von unabhängigen Staaten in Deutschland zu erwirken, die in erster Linie Vorzüge Deutschlands verhindern.

Marinelongrevé und Marineamt.

Von E. Vogtherr.

Dem unermüdlichen und systematischen Drängen bestimmter Stellen im Reichsmarineamt hat die bisherige Regierung bekanntlich nachgegeben und den solange bestehenden Zentralrat der Marine aufgelöst. Es wurde zwar die Reduzierung der Zentralrats auf ganze 7 Mitglieder angedacht zugestanden, aber wie die Ratrosendelationen sofort erkannten, kam das darauf hinaus, die Funktionen des Zentralrats überhaupt unwirksam zu machen. Solange der innere Betrieb dieses wichtigen Reichsamts nicht ganz im Sinne und dem Zweck der Revolution entsprechend umgestaltet ist, bleibt es nämlich durchaus nötig, die Vorschläge, Ansprache und Forderungen höherer Instanz, vom Geist der Revolution erfüllter Marinemannschaften und Arbeiter auf direktem Wege und mit Umgehung des bürokratischen Instanzenlabyrinths zur Geltung zu bringen. Hierdurch ist die Mitherratur, Mitprüfung und Mitwirkung geeigneter Marineangehöriger bedingt, auch wenn sie gegen das gewohnte Reglement der Marinebureaucratie verstößt. Die Mitglieder des Zentralrats der Marine handelten also sachlich durchaus korrekt, wenn sie erklärten, daß ihre von der Regierung dekretierte Beschränkung auf 7 Personen den Zwecken und Aufgaben bei weitem nicht gerecht wurde, die den ursprünglichen Auftraggebern, nämlich den Marinestationen, vorschwebten, und die nur im Interesse der Republik lagen.

Zu dieser neuen Sachlage mußte also eine Delegiertenversammlung der sämtlichen Marineformationen, Marinebetriebe und Reichswerften Stellung nehmen, was auf dem jüngst stattgehabten Marinelongrevé geschah und zu den bereits mitgeteilten Beschlüssen führte. Diese Beschlüsse werden zweifellos bei den Stellen, die von ihnen betroffen werden, bestigen Widerstand finden, um so nötiger ist es, ihnen eine sachliche Unterlegung und gewisse Erläuterung zu widmen. Den beschließenden Marineangehörigen kommt es nämlich nicht auf ein „Mitregieren“ um jeden Preis an, sondern, wie man sich überzeugen konnte, auf ernste Mitarbeit an der dem Marineamt und der ganzen Marine obliegenden Aufgaben.

Zum völligen Abbauder deutschen Macht- und Weltpolitik verlangt der Marinelongrevé Befreiung der überlebenden Vorkämpfer gegen Demokratie und Sozialismus und den Verzicht auf neue maritime Rüstungspläne. Dieser Verzicht wird sich aus finanziellen Gründen und nach dem voraussetzlichen Diktat der Ententemächte ganz von selbst erheben. Selbst in maßgebenden deutschen Marinekreisen wird man sich mehr und mehr mit diesem Verzicht abfinden oder schon abgefunden haben. Natürlich muß trotzdem wie im Heere so auch in der Marine allen etwaigen Reuegelisten und Agitationen rechtzeitig begegnet werden. Die leitenden Personen haben sich zwar in den Tagen nach der Revolution auf deren Boden und „hinter die Regierung“ gestellt, — bei manchem mag das auch dem Zwange und der Logik der Verhältnisse folgend ehrlich gemeint sein, — aber es hieße Uebermensliches erwarten, wenn aus allen eingestellten Militaristen und ihren bürokratischen Stützen plötzlich deren sozial-republikanische Antikörper werden sollten. Was denn auch nicht geschehen ist. Auch hier bedeutet die allenfalls erfolgte Befreiung zur neuen republikanischen Staatsform im bürgerlichen Sinne, — die eine Wandlung des alten Militarismus durchaus nicht bedingt, — noch lange kein Bekenntnis zur sozialistischen Republik. In Pragis und Theorie auch also mit dem Abbau auch der Mittel der revolutionären Macht- und Weltpolitik unter der Mitwirkung und Kontrolle revolutionärer Personen voller Ernst gemacht werden. Nur so kann der erst längst wieder in maßgebenden Ententekreisen geäußerte Verdacht, daß mehrere Verhandlungen den Abrüstungsplänen widersprechen, beseitigt und unsere Zukunft, soweit sie von den Friedensbedingungen abhängt, gesichert werden.

Die Aufgaben, die der Marinelongrevé einem neuen, wirklich sozialistischen, Marineminister in militärischer Be-

